

*Bernhard Nagel*

# Weiterbildung als Zukunftsinvestition



*Vortrag anlässlich der Podiumsdiskussion des  
Bildungsverbandes am 21.04.2005 in Berlin zum  
Thema "Lernen fürs Leben - aber wie?"*

---

Zum Autor:

Prof. Dr. jur. Bernhard Nagel ist Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Kassel und war Mitglied der Expertenkommission „Finanzierung lebenslangen Lernens“, die ihren Abschlussbericht im Juli 2004 vorlegte. Seine Arbeitsschwerpunkte sind wirtschaftlich relevante Grundrechte, Bürgerliches Vermögensrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht, Wettbewerbs- und Kartellrecht, Mitbestimmungsrecht, Europäisches Wirtschaftsrecht, Bildungs- und Wissenschaftsrecht sowie Rechtsökonomik.

Herausgeber:

Bundesverband der Träger beruflicher Bildung  
(Bildungsverband) e. V.

Alter Teichweg 19  
22081 Hamburg

[www.bildungsverband-online.de](http://www.bildungsverband-online.de)

Verantwortlich: Rudolf Helfrich  
Gestaltung und Redaktion: Peter Rother

Hamburg 06/05

Der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung, kurz Bildungsverband, ist ein Zusammenschluss maßgeblicher Anbieter von Bildungsprogrammen in Deutschland. In seinen Mitgliedsverbänden helfen jährlich Tausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Menschen mit qualitätsgeprüften Aus- und Weiterbildungen bei der Verbesserung ihrer beruflichen Chancen.

Ziel des Bildungsverbandes ist es, die gemeinsamen Interessen der Träger und deren Teilnehmer zu wahren und in ihrem Sinne aktiv auf die Bildungs- und Sozialpolitik in Deutschland Einfluss zu nehmen.

Der Bildungsverband versteht sich auch als ein „Qualitätsverbund“ der beruflichen Weiterbildung und hat sich und seine Mitgliedsunternehmen auf Qualitätsgrundsätze festgelegt. Darüber hinaus hat der Bildungsverband ein eigenes Qualitäts-Management-System (BQM) entwickelt.

---

*Bernhard Nagel*

# Weiterbildung als Zukunfts- investition

*Vortrag anlässlich der Podiumsdiskussion  
des Bildungsverbandes am 21.04.2005 in  
Berlin zum Thema  
"Lernen fürs Leben - aber wie?"*



Bundesverband der Träger beruflicher Bildung  
(Bildungsverband) e. V.



## Vorwort

Der Bildungsverband wird seit Beginn des Jahres 2003 nicht müde, vor den Folgen der Arbeitsmarktreformen und der neuen Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit für die Zukunft der Weiterbildung in Deutschland zu warnen. Trotzdem verschärft sich die Situation von Monat zu Monat. Wir halten dennoch - oder gerade deshalb - an der Meinung fest, dass die Bedeutung der beruflichen Weiterbildung nicht in Frage gestellt werden darf. Die Notwendigkeit ergibt sich insbesondere aus

- der Förderung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit, um fit für die sich wandelnden Arbeitsmärkte zu sein;
- einer erforderlichen Erhöhung des Wirtschaftswachstums und damit einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, um so die Innovationskraft der Wirtschaft und die Qualifikation der Beschäftigten zu stärken;
- der Sicherung der sozialen Integration und Teilhabe, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Eigenverantwortung des Einzelnen zu fördern.

Bezüglich der Einschätzung der Effizienz der beruflichen Weiterbildung als arbeitsmarktpolitisches Instrument scheint sich aktuell ein Wandel zu vollziehen. So hat das IAB, das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit, in einer Studie festgestellt, dass sowohl kurzfristige als auch langfristige Weiterbildungsprogramme mittel- bis langfristig einen positiven Brutto- als auch Nettoeffekt zeigen. Es weist zudem nach, dass langfristige Qualifizierungsprogramme (z.B. Umschulungen mit zertifiziertem Abschluss) durch eine nachhaltige Verbesserung des Humankapitals langfristig auch die Beschäftigungsrate der Teilnehmer steigern.

Auch wenn Weiterbildung nicht die Arbeitslosigkeit beseitigen kann, für den Einzelnen mindert sie aber die Risiken am Arbeitsmarkt. 35 Prozent der Arbeitslosen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Das Risiko, langzeitarbeitslos zu werden, steigt ohne berufliche Qualifikation.

Wer einmal als Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerin den Anschluss verliert, für den ist es in besonderem Maße schwierig, wieder ins Erwerbsleben einzusteigen, ein besonderes Problem für Frauen, die nach einer längeren Familienpause den Wiedereinstieg in das Berufsleben suchen.

Bei mangelnden Investitionen in Weiterbildung erhöht sich auch das Risiko der Unternehmen, offene Stellen nicht besetzen zu können. In Deutschland bleiben im Durchschnitt 13 Prozent der offenen Stellen frei. In mittelständischen Unternehmen schon jetzt jede sechste, in Großunternehmen jede zehnte Stelle.

Auch wenn der Fachkräftemangel konjunkturzyklisch schwankt, wird deutlich, dass mangelnde Investition in Bildung schnell zu einem wirtschaftlichen Bumerang werden kann.

Im Vergleich zu den Hauptwettbewerbsländern ist in Deutschland die Teilnahme an Weiterbildung unterdurchschnittlich. Die OECD hat errechnet, dass Deutschland unter den - zum Zeitpunkt der Untersuchung - 15 EU-Ländern auf Platz 10 liegt. An der Spitze lagen die skandinavischen Länder, Großbritannien und Frankreich.

Es ist inzwischen Allgemeinwissen, dass lebenslanges Lernen im Zeitalter der Globalisierung zur Wettbewerbsfähigkeit von Menschen, Unternehmen und Volkswirtschaften beiträgt. Die Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“ spricht sich für eine finanzielle Förderung und Transparenz der Weiterbildung aus. Wir brauchen eine Weiterbildungs-politik, die sich nicht an kurzfristig, sondern an längerfristig angelegten Kriterien orientiert!

Aus Sicht des Bildungsverbandes ist es dringend erforderlich, die immense Bedeutung des Themas Bildung, und nicht zuletzt die des lebensbegleitenden Lernens, viel stärker im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit zu verankern und schnellstmöglich nach Alternativen zu suchen, die den Bestand dieses wichtigen Teils des deutschen Bildungssystems sichern. Dies war der Ausgangspunkt für die Veranstaltung am 21. April 2005 in Berlin, die unter das Motto „Lernen für's Leben - aber wie“ gestellt wurde. Das hier veröffentlichte Referat von Prof. Bernhard Nagel bildete den Einstieg zu einer lebhaften Podiumsdiskussion.

Der Bildungsverband hofft, mit dieser Veranstaltung wie auch mit der vorliegenden Veröffentlichung dazu beizutragen, dass der Themenbereich „Lebenslanges Lernen - Zukunft der Weiterbildung“ in der deutschen Öffentlichkeit einen angemessenen Stellenwert erhält.

Hamburg, im Juni 2005

Rudolf Helfrich

Vorsitzender

Bundesverband der Träger beruflicher Bildung  
(Bildungsverband) e. V.

# Weiterbildung als Zukunftsinvestition

<b>1. Einleitung</b>	<b>8</b>
<b>2. Vorbemerkung zur Erstausbildung</b>	<b>9</b>
<b>3. Ausgangspunkt: Unterinvestition</b>	<b>10</b>
- Individuelle Unterinvestition	10
- Unterinvestition der Unternehmen	11
- Unterinvestition des Staates	12
- Gesamtfinanzierungsvolumen für Lebenslanges Lernen	13
<b>4. Sensible Bereiche</b>	<b>13</b>
a) Atypische Beschäftigungsverhältnisse	13
b) Bildungsabbrecher	14
c) Zuwanderer	15
d) Ältere	16
e) Frauen mit Kindern	16
f) Nie-Teilnehmer	18
g) Personen mit geringem Sparvermögen	18
h) Kleine und mittlere Unternehmen	19
i) Weiterbildung für Arbeitslose	19
<b>5. Was tun?</b>	<b>22</b>
- Was schlägt die Kommission vor?	22
- Förderung der Weiterbildung in Unternehmen	24
- Weiterbildungsförderung nach SGB III	25
- Zuwanderer	25
- Bundeseinheitliche Regelung institutioneller Rahmenbedingungen	25
- Kontingentierung von staatlich gewährten Lernzeiten	25
- Ausbau der Forschung zum Lebenslangen Lernen	26
<b>6. Kombinationstherapie</b>	<b>26</b>
<b>7. Woher das Geld nehmen?</b>	<b>27</b>
Literatur (Auswahl)	29

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich bedanke mich sehr für die Einladung, dieses Eröffnungsreferat halten zu können. Ich habe es unter den Titel "Weiterbildung als Zukunftsinvestition" gestellt. Ausgangspunkt ist: Wir haben eine Unterinvestition in Weiterbildung, und ich werde das belegen. Es gibt sensible Bereiche, in denen die Unterinvestition in Weiterbildung besonders deutlich wird. Ich werde sie skizzieren. Die Frage ist dann, was wir tun sollen. Am Schluss steht die Frage, woher wir das Geld nehmen wollen.

Ich füge an, dass ich ausschließlich für mich spreche. Ich war Mitglied der Bundestagskommission "Finanzierung Lebenslangen Lernens". Die Ergebnisse der Kommissionsarbeit fließen auch in meine Position ein. Aber die Kommission hat sich zum Beispiel mit dem Thema, woher wir das Geld nehmen, nicht befasst. Dazu vertrete ich z. B. ausschließlich meine persönliche Auffassung.

## **1. Einleitung**

Wir wissen, dass Deutschland bei der Bildungsfinanzierung im internationalen Vergleich zurückliegt. Zu fragen, wie wir aus dem gegebenen Bildungsbudget ein Maximum an Bildung herausholen können, ist der falsche Ansatz. Wir müssen vielmehr fragen, wie wir das von uns für notwendig erachtete Bildungsniveau mit einem Minimum an Mitteln erreichen können. Das ist der richtige Effizienzansatz. Dann ist die schwierige Frage zu beantworten, wie hoch der richtige Level an Bildung sein soll. Ich bin der Auffassung, dass wir hierzu einen internationalen Vergleich anstellen müssen, und dass wir uns an denen orientieren müssen, die in der Bildung besser sind als die Deutschen.

Schließlich eine Vorbemerkung zur Gerechtigkeit. Wir sollten nicht fragen: Finanziert die Krankenschwester das Stu-

dium des Chefarztes? Das führt auf eine völlig falsche Ebene der Diskussion. In einem System "Lebenslangen Lernens" sollten wir vielmehr anstreben, dass auch die Krankenschwester Medizin studieren und möglicherweise selber Chefärztin werden kann. Außerdem müssen wir bedenken, dass die Krankenschwester Kinder hat und nicht daran interessiert ist, dass diesen Kindern der Weg in die Bildung verbaut wird.

Roman Jaich und ich haben eine Studie zur Finanzierung der Bildung veröffentlicht, die im Jahr 2004 bei Nomos in zweiter Auflage erschienen ist. Was ich zu den Problemen der Erstausbildung sage, ist aus dieser Studie abgeleitet.

## **2. Vorbemerkung zur Erstausbildung**

- Stichwort: Kindergarten: Hier kann am effizientesten in Bildung investiert werden. Deswegen sind Roman Jaich und ich für gebührenfreie Kindergärten. Der im Kindergartenbereich investierte Bildungs-Euro ist überhaupt der am effizientesten investierte. Das wissen inzwischen viele. Vor einigen Jahren war dies noch weitgehend eine Angelegenheit der Spezialisten.
- Der nächste Bereich ist die Schule. Wir haben das Desaster mit PISA nachverfolgen können. Die dreigliedrige Schule ist überlebt, wir müssen den Weg zum einheitlichen skandinavischen und übrigens auch US-amerikanischen Schulwesen finden. Die einheitliche Schule ist effizienter und besser als die dreigliedrige Schule. Deutschland, Österreich und die Schweiz sind hier - international gesehen - im Rückstand.
- Dann zur dualen Berufsausbildung. Roman Jaich und ich haben uns hier für Fondslösungen ausgesprochen, mit denen eine kollektive Finanzierung der beruflichen Bildung erreicht werden und das gegenwärtige Desaster des stetigen Rückganges der Zahl an betrieblichen Ausbildungsplätzen aufgefangen werden soll.

- Letzter Punkt dieser Vorbemerkung sind die Hochschulen. Hier muss die Effizienz verbessert werden. Die Hochschulen leiden an gravierenden Effizienzmängeln. Diese Effizienzmängel müssen behoben werden, aber nicht mit Studiengebühren. Ich bin ein Gegner von substanziellen Studiengebühren, wobei dann die Frage ist, was substanziell ist. Verwaltungsgebühren von 50 € sind noch nicht substanziell, aber 200 € sind es. Die österreichischen, relativ niedrigen Studiengebühren von 362 € pro Semester haben zu einer Abschreckung von 20 % der immatrikulierten Studierenden insgesamt und von 15 % der Ersteinschreibungen geführt. Das können wir uns in Deutschland nicht leisten, zumal wir im internationalen Vergleich bei der Quote der Studierenden weit zurück liegen.

### **3. Ausgangspunkt: Unterinvestition**

Ich komme jetzt zum eigentlichen Thema, zur Unterinvestition in der Weiterbildung. Ich will zuerst die individuelle Unterinvestition ansprechen. Wir alle müssen uns überlegen: Investiere ich genug in meine Weiterbildung, wobei natürlich die Hochqualifizierten diejenigen sind, die vom Problem Weiterbildung am wenigsten betroffen sind. Aber es gibt erhebliche Problemgruppen, das sind die sogenannten sensiblen Bereiche, auf ich ausführlich eingehe. Ich komme dann zur Unterinvestition der Unternehmen, die lange bestritten wurde, jetzt aber manifest ist, und zur Unterinvestition des Staates.

#### **Individuelle Unterinvestition**

Wir haben in Deutschland eine niedrige und im internationalen Vergleich weiter zurückgehende Weiterbildungsbeteiligung. Wir haben vor allem einen harten Kern von sogenannten Nie-Teilnehmern an Weiterbildung, auf die ich dann im Einzelnen eingehen werde. Wir müssen feststellen,

dass Frauen mit Kindern zu Hause bleiben und nicht in die Weiterbildung gehen, dass Migranten außen vor bleiben, dass Ältere in Frührente bzw. Altersteilzeit gehen, anstatt durch Weiterbildung ihre Qualifikation zu verbessern, dass Langzeitarbeitslose resignieren und keine Chance, im Bereich der betrieblichen und beruflichen Weiterbildung erhalten, dass Arme kein Geld zur Weiterbildung haben, dass die Bildungsabbrecher, anders als in Skandinavien, keine zweite Chance bekommen. Damit haben wir auch schon unsere Weiterbildungs-Vorbilder genannt, nämlich Schweden und Finnland, eingeschränkt Dänemark.

### **Unterinvestition der Unternehmen**

Auch bei den Unternehmen ist eine Unterinvestition zu konstatieren. Ich beziehe mich auf Zahlen des Instituts der Deutschen Wirtschaft. Ich zweifle an, dass die Methoden der Datenerhebung so übernommen werden können. Da allerdings in den Jahren 1998 und 2001 dieselben Methoden verwendet wurden, kann man auf jeden Fall die Ergebnisse, dass die Ausgaben der Unternehmen von 17,5 Milliarden DM auf 16,9 Milliarden DM zurückgegangen sind, akzeptieren. Leider liegen die Zahlen für 2004 noch nicht vor. 2004 sind sie wahrscheinlich gegenüber 2001 weiter zurückgegangen. Ich beziehe mich ferner auf ein Gutachten von Dohmen, Klemm und Weiss, im Jahre 2004 für die Max-Traeger-Stiftung erstattet. Sie stellen fest, dass Deutschland im Anteil der Weiterbildungskosten an den Arbeitskosten hinter dem Vereinigten Königreich, Dänemark, Niederlande, Schweden, Finnland, Irland, Frankreich, Norwegen, Luxemburg, Tschechien, Estland, Italien und Belgien liegt, aber, dass relativ hohe Kosten pro Mitarbeiter anfallen. Daraus schließen sie: wir haben in Deutschland eine Konzentration auf kurze Weiterbildungsmaßnahmen für wenige Hochqualifizierte.

## **Unterinvestition des Staates**

Ich komme zur Unterinvestition des Staates. Nach den Zahlen von CVTS 2 ("Continuing Vocational Training Survey") für Europa im Jahre 1999 rangiert Deutschland hinter Dänemark, Norwegen, den Niederlanden, Schweden, Belgien, Luxemburg, Irland, Finnland, Spanien und Portugal. Wir haben eine Unterinvestition des Staates in Weiterbildung. Bei der Erwachsenenbildung wissen wir nach der Untersuchung von Faulstich, die er für die Kommission im Jahre 2003 angefertigt hat, dass die Ausgaben schon 2002 stagnierten. Einen Einbruch haben wir 2004 erlebt und werden wir vermutlich in diesem Jahr erleben. Ich möchte nur daran erinnern, dass wir im Bereich der beruflichen Weiterbildung einen Steuerverzicht des Staates haben; das finde ich völlig korrekt, aber ich weise darauf hin, dass das Mittel sind, die dann möglicherweise bei der öffentlich geförderten Erwachsenenbildung fehlen. Weitere Steuersenkungen bzw. Steuerausfälle sind zu erwarten. Die Kommission hat einen ausführlichen Bericht über die Weiterbildung in Schweden angefertigt. Sehr viele öffentliche Gelder fließen dort hin. Es gibt eine vorbildliche Erwachsenenbildung und eine Art Erwachsenen-BaföG, eine zweite Chance für die Erwachsenen, es gibt auch sehr aner kennenswerte Aktivitäten von Unternehmen. Skandia hat eine Weiterbildungsversicherung aufgebaut, die man nur als vorbildlich empfehlen kann.

Ein letzter Punkt: Die Länderkompetenzen im Bereich der Bildung und Weiterbildung sind ein Verfassungsproblem. Gegenwärtig wird das Ganze in der Föderalismuskommission diskutiert. Ich behaupte, dass die Kompetenzaufteilung, d. h. der verschiedentlich zu beobachtende Kompetenzwettbewerb, ebenfalls zur Unterinvestition des Staates in der Weiterbildung beigetragen hat

## **Gesamtfinanzierungsvolumen für Lebenslanges Lernen**

Nun zum Gesamtfinanzierungsvolumen für Lebenslanges Lernen in Prozenten des deutschen Bruttoinlandsproduktes: Zwischen 1986 und 2000 hatten wir einen Rückgang von 2,15 Punkten auf 1,62 Punkte. Wenn Sie sich Deutschland im Vergleich anschauen, Bildungsausgaben privat und öffentlich in Prozent des Bruttoinlandsproduktes, dann sehen Sie einen Rückgang zwischen 1995 und 2001. Hinter Deutschland sind 2001 nur Japan, die Niederlande und Spanien. Ansonsten liegen alle erheblich darüber, vor allem Norwegen, Schweden, aber auch UK, USA, Dänemark und Finnland.

## **4. Sensible Bereiche**

### **a) Atypische Beschäftigungsverhältnisse**

Erstens sind die atypischen Beschäftigungsverhältnisse ein sensibler Bereich. Die Leiharbeiter erhalten nicht nur weniger Lohn, sondern nehmen auch im geringeren Umfang an Weiterbildungsmaßnahmen teil, d. h. nur 23 % der Leiharbeiter nehmen teil, jedoch 35 % der Personen im Normalarbeitsverhältnis. Die Zahlen gelten für ganz Europa. Nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz gibt es das Ziel der Gleichbehandlung von Leiharnehmern und Normalarbeitnehmern bei allen wesentlichen Arbeitsbedingungen. Die Löhne der Leiharbeiter dürfen allerdings durch Tarifvertrag abgesenkt werden. Eine EU-Richtlinie zur Leiharbeit ist in Vorbereitung, sie ist aber noch nicht verabschiedet. Die "Bolkesteinzeit" ist in der EU noch nicht überwunden.

Die Teilzeitarbeiter, die zweite Gruppe, derer, die in atypischen Beschäftigungsverhältnissen stehen, haben nach einer Studie von INFAS, welche die Kommission im Jahre 2003 in Auftrag gegeben hat, eine 1 ½ mal so hohe Wahr-

scheinlichkeit wie Vollzeitbeschäftigte, nicht an beruflicher Weiterbildung teilzunehmen. Genauere Daten haben wir leider nicht. Hier besteht eine Forschungslücke, die aufgefüllt werden müsste.

Schließlich die befristet Beschäftigten: Ihre Zeit für Arbeitssuche nach Vertragsende beträgt nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung im Schnitt 10,1 Monate, während der Gesamtdurchschnitt der Arbeitssuche aller Beschäftigten nur 3,1 Monate beträgt (Zahlen von 2003). Übrigens: sowohl bei den Teilzeitarbeitnehmern als auch bei den befristet Beschäftigten steht im Gesetz, dass keine Diskriminierung stattfinden darf. Bei der Weiterbildung haben wir aber eine faktische Diskriminierung.

### **b) Bildungsabbrecher**

Ein sensibler Bereich sind die Bildungsabbrecher. In einem Konzept Lebenslangen Lernens müsste man eigentlich Bildungsunterbrecher sagen, "Abbrecher" ist falsch. 2001 verließen 8,6 % der Deutschen und 20,3 % der ausländischen Schulabgänger die Schule ohne Abschluss. Ca. 25 % der Ausbildungsverträge im dualen System werden vorzeitig gelöst. Ein Teil derer, die vorzeitig aufgelöst haben, bleibt in einem dualen Ausbildungsverhältnis und ein Teil geht an die Universitäten oder Fachhochschulen, insofern ist die Zahl 25 zu modifizieren, Ca. 30 % der Studierenden brechen das Studium vorzeitig ab, zum Teil zugunsten einer Berufsausbildung. Zum Teil gehen die Studienabbrecher direkt in den Beruf, nicht immer erfolglos. Ich möchte hinzufügen, dass die schulischen Abbrecherquoten zum Teil durch die Schule selbst produziert werden. Wir kennen das böse Wort von der Sortierschule. Ich will das hier nicht kommentieren. Es gibt eine Analyse von Ulrich Teichler, der sagt, es gebe einen Bedarf an sozialer Ungleichheit, der durch das Bildungssystem befriedigt werden müsse. "Bedarf" versteht er ironisch, aber ist zum Teil bei Vorträgen im Ausland ohne jede Ironie darauf angesprochen worden. Ich weise ferner dar-

auf hin, dass es neben der bildungsmeritokratischen eine beschäftigungs-meritokratische Schwelle gibt, wenn jemand in den Beruf eintreten will. Man muss im Beschäftigungsverhältnis bestimmte Qualifikationen haben oder erwerben, die nicht durch das Bildungssystem vermittelt werden, sodass die Hürde eine doppelte ist. Das Ergebnis bei den Bildungsabbrechern ist, dass Lernpotenziale und Begabungspotenziale verschenkt werden. Das kann sich ein Land wie Deutschland nicht leisten. Vor allem gibt es in Deutschland nicht die zweite Chance wie in Skandinavien, die dort den Erwachsenen über ihr Erwachsenen-BaföG offen steht.

### **c) Zuwanderer**

Ich komme zum nächsten sensiblen Bereich. Das sind die Zuwanderer. In Deutschland haben wir 8,9 % Ausländer. Der EU-Durchschnitt beträgt knapp 5 %. Deutschland hat ein Sonderproblem, die Spätaussiedler. Sie werden in dieser Zahl 8,9 nicht erfasst, sodass man insgesamt sagen kann: Deutschland hat einen hohen Ausländeranteil.

Ich wende mich der Beschäftigungsquote der Deutschen zu, die seit 1982 um 4 % gestiegen ist (Zahlen von 2003); die der Ausländer ist aber um knapp 10 % gesunken. D. h. die gestiegene Arbeitslosigkeit ist in einem hohen Maße eine gestiegene Ausländerarbeitslosigkeit. Wenn wir dann schauen, wie die Qualifikation der Arbeitslosen ist, finden wir, dass 80 % der arbeitslosen Ausländer ohne beruflichen Abschluss sind, in Deutschland sind es insgesamt 40 %. Bei etwa 40 % der Ausländer stellen wir Sprachdefizite fest. Bei den Aussiedlern sind es immerhin noch 25 %. Die Teilnahmequote der Zuwanderer an beruflicher Weiterbildung ist 12 %, die der Deutschen 30 %, und wir haben leider eine zurückgehende Beteiligung der Zuwanderer-Kinder an der Berufsausbildung. Warum? Zum großen Teil deshalb, weil die Sprachfähigkeit als Vorstufe zur beruflichen Integration fehlt.

#### **d) Ältere**

Ich gehe weiter in meiner Liste der sensiblen Bereiche und komme zu den Älteren. Ein Beispiel vorab: Im Bereich der Energiewirtschaft werden die Leute mit 51 Jahren in den Vorruhestand geschickt. Bisher hatten wir eine verfehlte Vorruhestandspolitik des Staates. Nur 47 % der Männer und 30 % der Frauen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren sind beschäftigt. Das ist zu wenig. Gerade weil Deutschland dieses demografische Problem hat, d. h. in Zukunft einen starken Anstieg des Anteils der Älteren verkraften muss, müssen wir die Älteren beschäftigen. Leider geht die Tendenz nicht nur in der Energiewirtschaft genau in die entgegengesetzte Richtung, Wir stellen ferner fest, dass schon die 45- bis 49-jährigen weniger häufig an Weiterbildung teilnehmen als die Jüngeren. Das muss sich ändern. Man muss für die Älteren lernförderliche Arbeit schaffen, wenn man ihnen die Weiterbildung anbietet. Man kann nicht nur Weiterbildung anbieten, sondern man muss auch die Arbeitsorganisation und die Arbeitsinhalte überdenken, dann kann man das faktische Renteneintrittsalter erhöhen, ohne die Gesetze zu ändern.

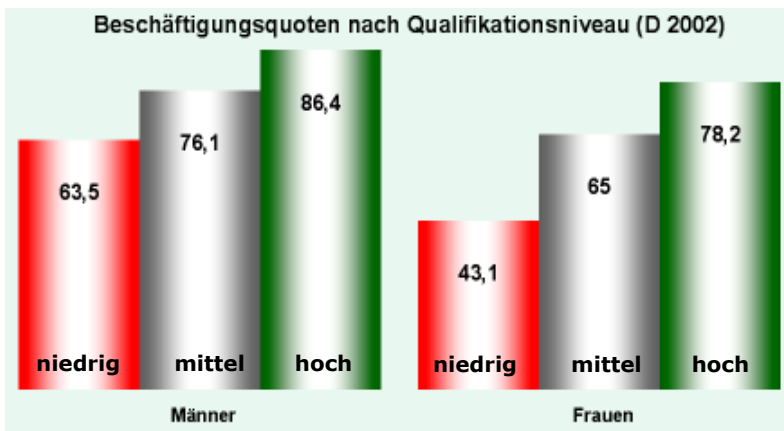
Zahlen der OECD aus dem Jahre 2002 zeigen die Beschäftigungsquote der 55- bis 64-jährigen Männer und Frauen im internationalen Vergleich. Wir haben in Deutschland eine stärkere Spreizung zwischen Männern und Frauen als in anderen Ländern. Erheblich besser als Deutschland ist Dänemark; dort haben die Frauen eine höhere Quote als die Männer in Deutschland; gut ist auch Schweden, daneben sind es die USA und das Vereinigte Königreich.

#### **e) Frauen mit Kindern**

Ich komme zu einem weiteren sensiblen Bereich. Das sind die Frauen mit Kindern. Frauen nehmen zwar häufiger als Männer an der allgemeinen Weiterbildung teil. Wenn man alle Frauen anschaut, sind es 28 % statt 25 %. Aber Frauen

sind weniger häufig in der beruflichen Weiterbildung: Frauen 23 %, Männer 34 %. Die Zahlen haben wir von Bellmann; seine Untersuchung wurde im Auftrag der Kommission Finanzierung Lebenslangen Lernens durchgeführt. Frauen mit Kindern nehmen selten an Weiterbildung teil, bei Frauen mit einem Kind ist nach INFAS die Wahrscheinlichkeit der Nichteilnahme 1,57 mal so groß wie bei Frauen ohne Kinder, zwei Kinder 1,68 mal, drei Kinder 1,99 mal. Warum? Sie haben kein Geld, keine Zeit, die Kinder werden nicht betreut, weil es nicht genügend Kindergärten gibt oder weil die Kindergärten so teuer sind.

Schauen wir auf das Qualifikationsniveau und die Beschäftigung, dann stellen wir nach der Arbeitskräftestichprobe des Jahres 2002 fest, dass gerade die niedrig qualifizierten Frauen eine besonders niedrige Beschäftigungsquote haben, nämlich 43,1 % bei den Frauen, aber immerhin 63,5 % bei den Männern. Wenn man dann weiter schaut, ist bei der mittleren Quote der Abstand zwischen Männern und Frauen nicht mehr so groß – 65% zu: 76% - ; bei den Hochqualifizierten ist der Abstand noch geringer: 78,2% zu 86,4%.



### **f) Nie-Teilnehmer**

Ich komme jetzt zum harten Kern der Nie-Teilnehmer, die ich schon angesprochen hatte. Wir haben in der INFAS-Studie von 2003 eine erschreckende Zahl gefunden: 13 % der Personen im erwerbsfähigen Alter haben nie an einer Weiterbildung teilgenommen. Wie setzt sich dieser Personenkreis zusammen? Erstens gering qualifizierte Arbeiter und Angestellte, zweitens erwerbstätige Frauen mit gleichzeitiger Kinderbetreuung, drittens Einkommensschwache. Nicht jeder Einkommensschwache ist Nie-Teilnehmer und nicht jeder gering Qualifizierte oder jede erwerbstätige Frau. Es gilt umgekehrt: Die Gruppe der Nie-Teilnehmer setzt sich vorzugsweise aus diesen drei Untergruppen zusammen. Die INFAS-Studie ergibt, dass finanzielle Anreize allein nicht reichen. Es gibt vielmehr die Notwendigkeit, lernförderliche Bedingungen der Arbeit zu schaffen und schulische Benachteiligungen, also z. B. eine Lernschwäche, die sich ja in der Weiterbildung fortsetzt, anzugehen. Lernwiderstände müssen analysiert und abgebaut werden.

### **g) Personen mit geringem Sparvermögen**

Dann komme ich zu einem weiteren sensiblen Bereich, das sind die Personen mit geringem Sparvermögen, andere sagen "Arme". Wir wissen, dass die Sparquote vom Vermögen und das Vermögen vom Bildungsabschluss abhängt; wir wissen seit der Studie von Arens und Quincke, ebenfalls für die Kommission erstellt, auch, dass die 20 % einkommensschwächsten Haushalte im Durchschnitt Schulden haben; wir wissen, dass, je älter man ist, desto höher das Vermögen ist. Arens/Quincke haben festgestellt, dass 20 % der bis 25-jährigen kein Geldvermögen haben. Hier muss man etwas tun, aber man darf nicht nur das Einkommen verbessern, sondern muss auch Anreize für eine rationalere Vermögensbildung geben. Ziel soll sein, nicht nur das Vermögen und das Einkommen, sondern auch das Wissen und das Selbstbewusstsein zu verbessern.

## **h) Kleine und mittlere Unternehmen**

Ein sensibler Bereich sind auch die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Interessant ist, dass fast drei Viertel der KMU in der Weiterbildung nicht aktiv sind, und dass 47 % der Nichteilnehmer an Weiterbildung aus Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten stammen. Aber, wenn kleine und mittlere Unternehmen an Weiterbildung beteiligt sind, dann sind sie besonders aktiv. Wir erkennen also eine Polarisierung. Und wir haben festgestellt, dass es dort, wo es Arbeitszeitkonten gibt, auch mehr Weiterbildung gibt. Warum gehen die KMU nicht in die Weiterbildung? Die Gründe sind: Informationskosten, fehlendes Orientierungswissen, Maßnahmekosten. Manchmal sind KMU so abhängig von großen Unternehmen, dass sie gar keinen Spielraum für Weiterbildung haben. Unser Ziel muss sein, Hemmschwellen der nicht aktiven Unternehmen durch geeignete Maßnahmen abzubauen.

## **i) Weiterbildung für Arbeitslose**

Ich komme zu einem heiklen Thema, das auch besonders aktuell ist, nämlich Weiterbildung für Arbeitslose. Ich darf schon zu Beginn feststellen, dass Hartz I bis IV fast völlig gescheitert ist und die Arbeitslosigkeit bisher eher verstärkt hat. Die PSA - ein Flop, statt jährlich 350.000 bis März 2005 nur 28.000 reguläre Beschäftigungen. Der sog. Job-Floater: ein weiter Flop, statt 50.000 nur 11.000 Stellen geschaffen, und dies, zu einem erheblichen Anteil über Mitnahmeeffekte. Die sog. Minijobs hatten und haben eine erhebliche Bedeutung. Von Dezember 2003 bis Dezember 2004 wurden 700.000 zusätzliche Minijobs geschaffen. Das gesamte Konzept ist aber falsch. Es fehlt heute wegen der Minijobs eine Milliarde € an staatlichen Einnahmen. In Österreich und Holland gibt es keine Minijobs. Die erste rot/grüne Bundesregierung wollte die Minijobs abbauen

Dann kommen die Ich-AGs. Abgesehen davon, dass das Wort hässlich ist, sind die Ich-AGs gar nicht so negativ zu bewer-

ten. Von Januar 2003 bis März 2005 hatten wir immerhin 250.000 Ich-AGs, und weniger als 50 % von ihnen sind wieder untergegangen. Das Glas ist mehr als halb voll! Da gibt es zwar Mitnahmeeffekte und wir wissen nicht, wie sich das mittelfristig entwickelt, aber ich würde sagen, das war nicht erfolglos. Die Perspektiven sind mir allerdings unklar. Die Förderung der Ich-AGs wird wegen der Mitnahmeeffekte vermutlich zurückgefahren.

Ich komme zu den Ein-Euro-Jobs. Es gibt bisher statt 600.000 nur 114.000, und es gibt jede Menge Missbrauch. In Berlin werden z. B. Schulen frisch gestrichen. Das Handwerk beschwert sich. Überall finden Sie Missbrauch. Ich glaube nicht, dass das die optimale Maßnahme zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist.

Eine Maßnahme hat nicht nur nicht zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit beigetragen, sondern zu ihrer Verschärfung, nämlich der Einbruch bei der BA-Weiterbildung:

Wir hatten im Januar 2003 noch mehr als 300.000 Teilnehmer an BA-Weiterbildungsmaßnahmen, während wir im Mai 2005 nur noch 114.000 hatten. (vgl. Grafik auf Seite 31)

Das verleitet mich zu der Vermutung, dass durch Hartz I, II, III, IV die Arbeitslosigkeit vielleicht nicht stark, aber doch in einem gewissen Umfang verschärft und nicht abgebaut worden ist. Belege dafür habe ich im Einzelnen nicht.

Das Ziel der BA ist gegenwärtig kurzfristiges Training statt Weiterbildung. Dazu kommt die 70 %-Quote, die zum Teil schon gar keine Rolle mehr spielt. Man will eigentlich eine 100 %-Quote haben, wie ich mir habe sagen lassen. Trainiert soll nur werden, wer schon eine Beschäftigung in Aussicht hat. Diese Konzeption ist falsch, weil damit die mittelfristige Weiterbildung untergraben wird. Wir haben Untersuchungen, wonach mittelfristig die etwas länger angegangenen Weiterbildungsmaßnahmen die erfolgreicher sind, weil sie Kompetenzen verbessern und nicht nur Fitness für

eine momentane Situation des Arbeitsmarktes schaffen.

Falsch sind ebenfalls die Bildungsgutscheine für Arbeitslose, und zwar deswegen, weil nun ausgerechnet die Arbeitslosen als Versuchskaninchen für die Milton-Friedman-Strategie der Einführung von Gutscheinen ausgesucht worden sind. Das ist der falscheste Personenkreis, den man dafür nehmen konnte, denn die Arbeitslosen haben keine Konsumentensouveränität. Begleitet wurde die Einführung von Hartz I, II, III, IV mit einer Propaganda gegen diejenigen, die in der Weiterbildung beschäftigt sind. Es wurde von einigen verächtlich gesagt, hier sei eine ganze Weiterbildungsindustrie aufgebaut worden, die wir nicht brauchen. Das Ergebnis war, dass wir seit 2002 etwa 50 % arbeitslose Weiterbilder haben. Das ist eine Schätzung, die auf Beispielen aus einzelnen Institutionen gegründet ist. Das kann nur eine Schätzung sein, weil wir nicht wissen, was aus den arbeitslosen Weiterbildern geworden ist. Sie können auch eine Ich-AG gegründet haben oder irgendwo als geringfügig Beschäftigte untergekommen sein. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Einführung von Bildungsgutscheinen noch andere Probleme mit sich brachte. Oft kommen die Gruppengrößen für die Kurse nicht zusammen. Daran hat man möglicherweise nicht genügend gedacht, als man dieses Konzept nun ausgerechnet für die Arbeitslosen eingeführt hat.

Ich meine, dass es an Staatsgeld für die Weiterbildung als Ausgleich für den Wegfall der Arbeitslosenhilfe durch Hartz IV fehlt, und ich sage auch, der Weg zurück in die Zeiten vor Hartz wird nicht geebnet sein. Wir müssen uns für die Bewältigung der Probleme wappnen, die durch Hartz I bis IV geschaffen worden sind, und wir müssen Staatsgeld für die Weiterbildung einsetzen. Im Übrigen möchte ich zur Bundesagentur für Arbeit nur eins sagen. Wenn 90.000 Leute vorwiegend mit sich selber beschäftigt sind, dann wird der Kunde irgendwann unzufrieden. Die Bundesagentur sollte aufpassen, dass sie kein Unterdrückungsapparat wird. Denn dann kommen andere, die sagen, die Bundesagentur für Arbeit

müsse beseitigt werden. Dann werden Rechnungen durchgeführt: Wenn ich mein Geld mit 2% oder 3 % Verzinsung anlege, bekomme ich mehr Geld, als wenn ich darauf hoffe, dass mir die BA irgendwann etwas gibt. Ich will die BA nicht beseitigen. Ich sage nur, dass sie mit dieser Politik vor die Wand gefahren wird.

## **5. Was tun?**

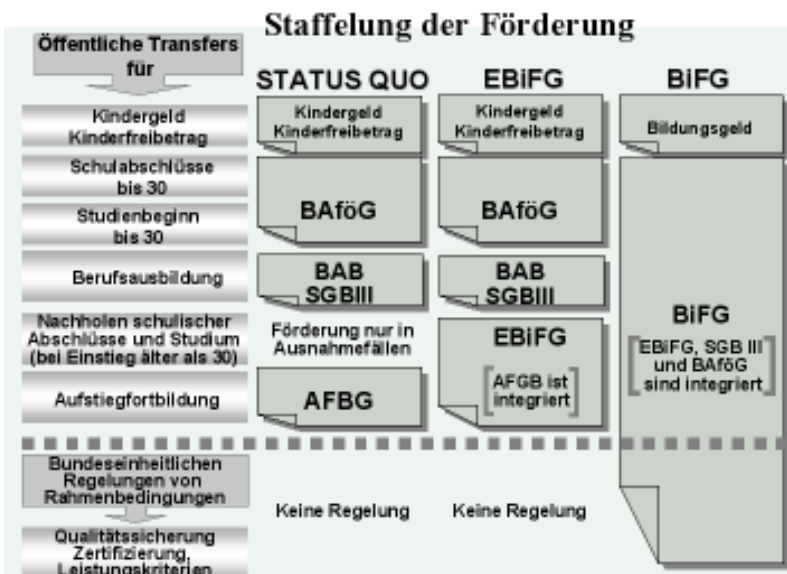
Wir müssen etwas für die allgemeine politische und kulturelle Weiterbildung tun. Wir müssen Erwachsenen eine zweite Chance geben, denken Sie an die Bildungsabbrecher, d.h. wir müssen das BAFöG nach oben verlängern. Damit kann übrigens auch der Ausfall der BA-Weiterbildung wett gemacht werden. Wir müssen oder können das Bildungssparen staatlich fördern, dann müssen wir allerdings das Bausparen einschränken. Der Staat kann Kredite geben, er kann Weiterbildungsfonds für die Wirtschaft generieren oder dafür sorgen, dass die Wirtschaft Anreize erhält, solche Fonds zu bilden, er kann die kleinen und mittleren Unternehmen gezielt fördern. Er könnte rein theoretisch auch eine Umkehr in der Arbeitsmarktpolitik vollziehen. Er könnte die Zuwanderer durch Bildung integrieren, und er könnte die institutionellen Rahmenbedingungen verbessern, insbesondere auch die Gesetzgebungskompetenzen und die Finanzierungsverantwortungen ändern.

### **Was schlägt die Kommission vor?**

- Erstens, sagt die Expertenkommission, ist die öffentliche Förderung der allgemeinen politischen und kulturellen Weiterbildung wichtig; sie soll verstärkt werden, sofern sie im öffentlichen Interesse liegt, wobei das leider niemand genau bestimmen kann; aber immerhin, die Richtung stimmt: Politische Bildung, kompensatorische Grundbildung, abschlussbezogene Allgemeinbildung.

- Zweitens: Die Kommission fordert die Förderung von Bildungssparen privater Haushalte zum lebenslangen Lernen – die Kommission sagt statt Bildung immer lebenslanges Lernen – und zinsverbilligte Bildungskredite.
- Schließlich fordert sie drittens den Ausbau der Förderung allgemeiner und beruflicher Bildung Erwachsener mit geringem Einkommen und Vermögen zu einem kohärenten System der Bildung und Weiterbildung nach dem schwedischen Vorbild. Der Status Quo ist: Kindergeld und Kinderfreibetrag bis 27, BAföG für ganz wenige Schüler und für wenige Studenten, dann Berufsausbildung nach SGB III und Aufstiegsfortbildung von Erwachsenen nur in Ausnahmefällen, d. h. vor allem Meister-BAföG.

Die Kommission schlägt vor, in einem ersten Schritt ein Erwachsenenbildungsförderungsgesetz (EBiFG) zu verabschieden. Kindergeld und Kinderfreibetrag ab 18 blei-



ben vorerst noch bestehen . Bafög bleibt vorerst noch. BAB SGB III bleibt, und dazu kommt ein Erwachsenen-Bafög oder Erwachsenen-bildungsförderungsgesetz. In dieses ist das Meister-BAFÖG integriert. In einem zweiten Schritt soll das Kindergeld ab 18 abgeschafft werden – auch der Kinderfreibetrag -, und statt dessen ein Bildungsgeld direkt an diejenigen gezahlt werden, die in die Bildung hineingehen, und es soll dann ein Bildungsförderungsgesetz für alle Bereiche des Lebenslangen Lernens geschaffen werden. In das soll aus der ersten Stufe das Erwachsenen-bildungsförderungsgesetz eingehen, dann alles, was wir im SGB III haben, auch das BAFÖG soll integriert werden. Man kann sagen, das ist Zukunftsmusik. Aber ich würde sagen, wenn schon, dann eine schöne Zukunftsmusik.

### **Förderung der Weiterbildung in Unternehmen**

Ich komme zur Thematik der Weiterbildung in Unternehmen. Dazu ist es erst einmal wichtig, dass die betrieblichen Weiterbildungskonten einen Insolvenzschutz genießen müssen. Zweitens fordert die Kommission mehrheitlich besondere Regelungen für Leiharbeitnehmer, und zwar Fonds für die sogenannte Zeitarbeitsfirmen. Diese Firmen zahlen dann relativ hohe Summen dafür ein, dass ihre Leiharbeitnehmer weitergebildet werden können. Es soll für diese ein Freistellungs- und Rückkehrrecht geben. Ich habe in der Kommission ein Minderheitsvotum abgegeben. Für den Bereich der beruflichen Weiterbildung in Unternehmen sollen Fonds nach französischem Vorbild eingeführt werden, und zwar im Wechselspiel von tarifvertraglicher Regelung und staatlicher Auffangregelung dort, wo es mit Tarifverträgen nicht klappt. Ich beziehe mich auf eine Untersuchung von Ingrid Drexel. Wir haben uns 2003 das französische Vorbild angesehen. Das Interessante ist, dass nach unserem Besuch die Regelungen in Frankreich im vergangenen Jahr noch präzisiert und verstärkt worden sind, und dies unter einer konservativen Regierung.

## **Weiterbildungsförderung nach SGB III**

In der Weiterbildungsförderung nach SGB III will die Kommission eine flexible Handhabung der Eingliederungsquoten für Zielgruppen und flexible Förderung von An- und Ungelernten erreichen, schließlich ein Ruhen von ALG-Ansprüchen bei Weiterbildung. Das Gutachten ist in seinem Kern im Dezember 2003 fertig gestellt worden. Damals war die Kritik an Hartz I, II, III, IV noch nicht so ausgeprägt wie heute, weil wir die Daten noch nicht hatten. Zu den Gutscheinen für die Weiterbildung nach SGB III hatte die Kommission erste Daten, für eine ausführliche Stellungnahme war das noch zu früh.

## **Zuwanderer**

Die Instrumente für Zuwanderer. Aussiedler und jugendliche Flüchtlinge müssen verstärkt werden, d. h. es muss mehr Integrationskurse und Zugang zur beruflichen Ausbildung geben.

## **Bundeseinheitliche Regelung institutioneller Rahmenbedingungen**

Es soll eine bundeseinheitliche Regelung der institutionellen Rahmenbedingungen geben, Akkreditierung, Zertifizierung, Evaluation, Qualitätssicherung und Bildungsprofiling. Wir fordern eine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes für alle Bereiche des lebenslangen Lernens, jedenfalls für den Bereich der Organisation. Das steht in einem gewissen Gegensatz zu den gegenwärtigen Diskussionen in der Förderalismuskommission.

## **Kontingentierung von staatlich gewährten Lernzeiten**

Die Kommission hat einen Prüfauftrag zur Frage der Kontingentierung von staatlich gewährten Lernzeiten angeregt. Darin geht es um Studienkonten. Wir haben festgestellt, dass das Zöllner-Modell insofern interessant ist, als die nicht verbrauchten Kontenanteile nach dem Studium in die Weiter-

bildung transferiert werden können und quasi als Gutscheine für eine gebührenfreie Weiterbildung fungieren. Das ist positiv zu beurteilen, weil es zu einem schnellen Studium anhält, aber niemanden zwingt.

### **Ausbau der Forschung zum Lebenslangen Lernen**

Wir fordern, dass die Forschung verstärkt wird und dass lernförderliche Regelungen in den Arbeits- und Produktmärkten geschaffen werden.

## **6. Kombinationstherapie**

Das Fazit der Kommission ist:

- Die vorgeschlagenen Instrumente sind nicht nur kombinierbar, sondern sie müssen auch kombiniert werden.
- Notwendig ist ein lernförderliches gesellschaftliches Klima, d. h. in den Familien, in den Medien, in der Politik und in den Unternehmen muss für Bildung geworben werden,
- Man kann das Konzept der Kommission schrittweise umsetzen. Es gibt aber die Gefahr der Rosinenpickerei. Ein Ansatz allein löst die Probleme nicht. Ich würde mich sehr ärgern, wenn die Politik sich auf ein Element konzentrieren würde und z. B. nur die Förderung des Bildungssparens zum Ziel erklären würde. Dann, würde ich sagen, sind wir als Kommission gescheitert. Was wir brauchen, ist ein integrierter Politikansatz, denn durch eine Kombination von Instrumenten können Ressourcen gebündelt und unterschiedliche Akteure eingebunden werden. Natürlich muss man Markt und Regulierung miteinander verknüpfen und die Institutionen zur Kooperation bringen.

Ganz wichtig ist der Produktionsfaktor Vertrauen. Gegenwärtig herrscht Misstrauen in die Politik. Das kann so nicht bleiben.

## 7. Woher das Geld nehmen?

Bei den Vorträgen, die man zu diesem Thema hält, wird immer gesagt: Das ist ja alles wunderbar aber nicht finanzierbar. Ich sage, es ist finanzierbar, und zwar

- durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer auf 45 Punkte. Ich sehe nicht ein, wieso der Satz auf 42 bleiben soll. Die letzte Absenkung war ein Fehler.
- Zweitens ist die Vermögensteuer wegen eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes ausgesetzt worden, das nicht gegen die Vermögensteuer gerichtet war, sondern gegen die Ungleichbehandlung von Geldvermögen und Grundstücksvermögen. Das muss bewältigt werden, und dann kann man die Vermögensteuer, allerdings mit hohen Freibeträgen, wieder einführen. Das machen übrigens andere westliche kapitalistische Industrienationen durchaus. Sie sind wegen der Beibehaltung der Vermögensteuer nicht untergegangen.
- Drittens sollten wir die Eigenheimspargulage endlich abschaffen. Das ist eine steuerliche Maßnahme aus den 50er Jahren, die heute ihre Berechtigung verloren hat und im Übrigen auch von Institutionen genutzt wird, die wenig mit dem Häuslebauer zu tun haben, der immer vorgeschoben wird.
- Man sollte die Kapitalerträge angemessen erfassen. Das geschieht derzeit nicht.
- Man sollte die Gewerbesteuer durch eine kommunale Wertschöpfungssteuer ersetzen und den Kreis derer, die Gewerbesteuer zahlen, erweitern,
- Und man sollte weniger deutsches Geld an die EU überweisen. Ich sehe ein, dass wir Nettozahler sind und bleiben. Aber ich sehe nicht ein, dass wir mit einem so extremen Abstand seit Jahrzehnten der größte Nettozahler sind und auch nach der Wiedervereinigung von 1990 blei-

ben sollen. Die Umstände haben sich geändert.

- Dann muss die EU eine andere Möglichkeit erhalten, an Geld zu kommen, und dazu habe ich viele Ideen. Sie kann nämlich eine Tobin-Steuer auf Devisengeschäfte einführen: 0,01 % auf jede Devisentransaktion, bei einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes mehr. Und sie kann eine Umweltverschmutzungssteuer einführen und dadurch die divergierenden Energiesteuern ersetzen; dann hätte man endlich auch die Kerosinsteuer eingeführt, die schon seit langem überfällig ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

## **Literatur (Auswahl)**

*Abrahamsson*, Das Berufsbildungssystem in Schweden, CEDEFOP-Bericht, Luxemburg 2000, S. 105 ff.

*Andersson et al.*, Sweden 2000, a knowledge society, Halmstad, 2000.

*Arens/Quincke*, Bildungsbedingte öffentliche Transfers und Investitionspotentiale privater Haushalte in Deutschland, Gutachten für die Expertenkommission Finanzierung lebenslangen Lernens, Bielefeld 2003, S. 237-256

*Bellmann*, Datenlage und Interpretation der Weiterbildung in Deutschland, Gutachten für die Expertenkommission Finanzierung lebenslangen Lernens, Bielefeld 2003

*Bielinski et al*, Die Beendigung von Arbeitsverhältnissen : Wahrnehmung und Wirklichkeit, Arbeit und Recht 2003, S. 81-91

*Boström et al.*, Liefelong Learning in Sweden, Luxemburg 2001.

*Der Weg in die Zukunft*, Schlussbericht der Expertenkommission Finanzierung lebenslangen Lernens, Bielefeld 2004

*Dohmen/Klemm/Weiß*, Bildungsfinanzierung in Deutschland, Grundbegriffe, Rahmendaten und Verteilungsmuster, Frankfurt/M. 2004

*Europäische Stiftung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen*, Third Survey on Working Conditions, Dublin 2000

*Faulstich*, Ressourcen der allgemeinen Weiterbildung in Deutschland, Gutachten für die Expertenkommission Finanzierung lebenslangen Lernens, Bielefeld 2004

*Nagel/Jaich*, Bildungsfinanzierung in Deutschland, Analyse und Gestaltungsvorschläge, 2. Aufl. Baden-Baden 2004

*OECD*, Education at a Glance, Paris 2002 S. 180 ff.

*OECD*, Thematic review on adult learning, Sweden, Paris 2001.

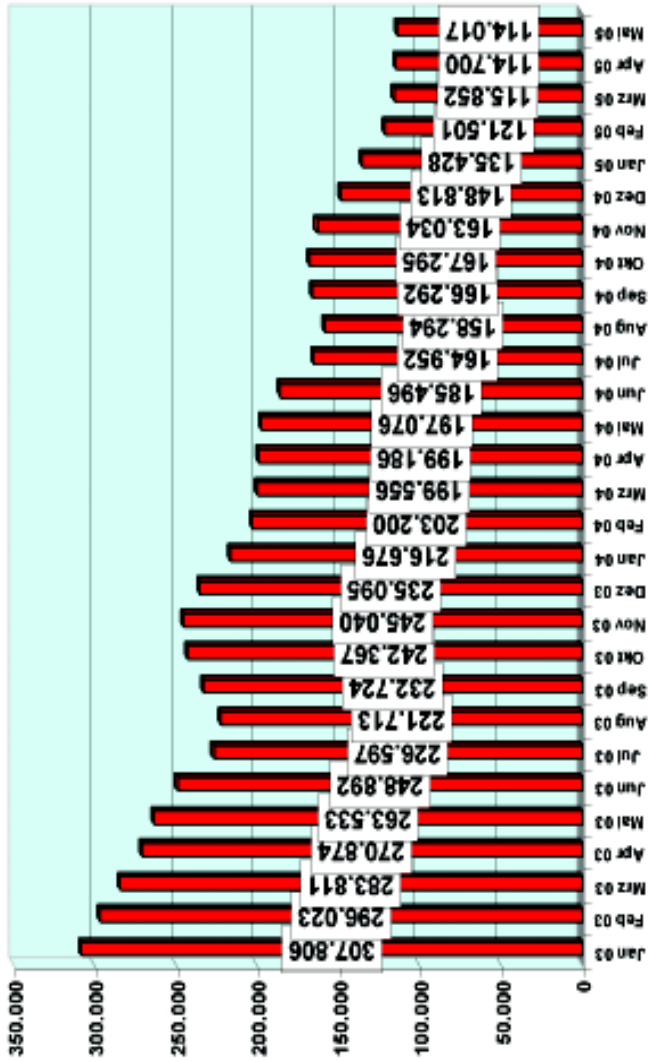
*Schröder/Schiel/Aust*, Nichtteilnahme an beruflicher Weiterbildung, Motive, Beweggründe, Hindernisse, Gutachten für die Expertenkommission "Finanzierung lebenslangen Lernens", Bielefeld 2004

*Soltwedel*, Dynamische Märkte – solide soziale Sicherung, Leitlinien der institutionellen Reform, Gütersloh 1997, S. 27 f.

The Swedish National Council of Adult Education, 2002, [www.folkbildning.se](http://www.folkbildning.se).

*Weiß*, Betriebliche Weiterbildung 2001 – Ergebnisse einer IW-Erhebung, in: IW-Trends 1/2003

### Einbruch bei der BA-Weiterbildung: Entwicklung der Teilnehmerzahlen von Januar 2003 bis Mai 2005



Bundesverband der Träger beruflicher Bildung  
(Bildungsverband) e. V.

